

der Hand in den Mund leben, können es vor allem deshalb nicht, weil die Aufgabe immer dringender wird, uns auf den Frieden vorzubereiten. Nicht der Friede selbst mit seinem militärisch-territorialen Inhalt, ist hier gemeint — darüber öffentlich zu sprechen wäre in der Tat verfrüht — sondern die Probleme des Friedens, die vielen Aufgaben, die der Friede den Völkern auferlegen wird und von denen uns mehr und mehr aufgeht, wie verwickelt sie sind. Die Möglichkeit, diese Probleme zu verarbeiten, muß ausgenutzt werden, und niemandem sollte das willkommen sein als den Regierungen, denen doch selbst in diesen schicksalsvollen Zeiten zuweilen vor ihrer Gottähnlichkeit bange werden und jedes Mittel angenehm sein muß, ihre Verantwortlichkeit wenigstens an der einen oder anderen Stelle etwas zu erleichtern. Die Formeln der ersten Kriegszeit dürfen da nicht mehr im Wege stehen; denn die Voraussetzungen und die Bedürfnisse einer erweiterten öffentlichen Diskussion haben sich geändert.

In Oesterreich ist die Zensur mit Entgleisungen, die die unvermeidliche Begleitterscheinung einer jeden solchen Aufsichtstätigkeit sind, von Anfang an besonders freigebig gewesen, und es scheint ihr hier auch besonders schwer zu fallen, den Änderungen der Zeitumstände zu folgen. Von den Eigenheiten der österreichischen Zensur ist in der „Frankfurter Zeitung“ schon früher die Rede gewesen; die steigende Unzufriedenheit, die diese Dinge in dem Maße, wie sie bekannter wurden, zur Folge haben mußten, ist kürzlich in einem bemerkenswerten Vorgang an die Öffentlichkeit gedrungen. Der Niederösterreichische Gewerbeverein hat vor einiger Zeit der Regierung eine im Ton und in der Sache sehr entschiedene Denkschrift gegen die Handhabung der Zensur überreicht, und Graf Stürgkh hat in seiner Antwort Besserung versprochen. Daß gerade eine wirtschaftliche Vereinigung sich der Frage bemächtigte, hat seinen speziellen Grund. Zu den unverständlichsten Merkwürdigkeiten der hiesigen Zensur gehörte es, daß bisher jede Diskussion über wirtschaftspolitische Fragen, insonderheit des künftigen wirtschaftspolitischen Verhältnisses zu Ungarn und Deutschland, von der österreichischen Zensur verhindert wurde, obwohl in den beiden anderen beteiligten Ländern die Angelegenheit mehrfach, und zwar gerade von österreichischen Politikern, angeschnitten worden war. Hiergegen vor allem wandte sich die Eingabe des Gewerbevereins; sie begnügte sich aber damit nicht, sondern sie führte außerdem ganz allgemein Beschwerde darüber, daß in keinem anderen Lande die Zensur so streng verfähre wie in Oesterreich. Die Zusage, die der Ministerpräsident daraufhin machte, bezieht sich darauf, daß die sachliche Diskussion über wirtschafts- und handelspolitische Fragen freigegeben werden solle, wenn sie von den berufenen wirtschaftlichen Körperschaften ausgehe. Der Minister hat damit den Rahmen der notwendigen Erleichterungen sicherlich viel zu eng umfrieben; es scheint aber, daß tatsächlich auch außerhalb dieses Rahmens eine ganz allgemeine Milderung der Zensurpraxis eingetreten ist.

Der Vorgang ist lehrreich für die Grenzen der Kriegszensur im modernen Staat. Es hat sich hier gezeigt, daß selbst unter dem ungeheuren Druck der Kriegsnot die Zensur auf die Dauer doch nur dann ihren Zweck erfüllen kann, wenn sie, im wesentlichen wenigstens, von der willigen Anerkennung der Staatsangehörigen getragen wird. Vor allem darf nicht der Eindruck entstehen, als ob die Zensur mehr Dienerin der Regierung als des Volkes wäre. Wenn wir schon eine Diktatur haben, so doch nur, damit es den Diktatoren erleichtert wird, zu handeln, nicht aber, damit sie in die Lage versetzt werden, nichts zu tun. Es soll ein Absolutismus der Aktivität sein und nicht der Bequemlichkeit; und die Zensur soll dem Strom dieses Fortbewegungsdranges das Bett bereiten helfen, nicht aber einem unzeitgemäßen Ruhebedürfnis. Ueber einzelnes wird man immer verschiedener Meinung sein; darauf kommt es nicht an, wohl aber darauf, daß das ganze System der Zensur von der Bevölkerung verstanden werden kann. Fehlt dieses Verständnis, so wird der notwendig eintretende Widerstand sich schließlich doch einen Zugang zum Tageslicht erzwingen, wie es jetzt hier in Wien tatsächlich geschehen ist. Dann aber ist das Gegenteil dessen erreicht, was die Zensur beabsichtigte. Gerade wenn man, wie einzelne Zensoren zu tun scheinen, bei jedem Wort wie gebannt auf die mögliche Wirkung im Auslande blickt, muß man es doppelt unangenehm empfinden, daß schließlich die Zensur selbst in aller Öffentlichkeit kritisiert wird: Der österreichische Staat wird auch diese Kritik überstehen, aber wäre es nicht besser gewesen, man hätte vorher, weniger starre Konsequenz geübt und durch ein rechtzeitiges Einlenken den jetzigen Vorstoß gegen die Handhabung der Zensur entbehrlich gemacht?